

HVDVP – Operativstab -

Berlin, den 26.10.1953

A b s c h l u ß b e r i c h t
über die
Bettelpaketaktion

Von den Angehörigen der Deutschen Volkspolizei wurden insgesamt

57.433 Bettelpakete

beschlagnahmt.

<u>Bezirk Frankfurt/Oder:</u>	3.352	Bettelpakete
<u>Bezirk Magdeburg:</u>	166	"-"
<u>Karl-Marx-Stadt:</u>	160	"-"
<u>Bezirk Potsdam</u>	21.111	"-"
<u>Bezirk Cottbus:</u>	1.376	"-"
<u>Bezirk Dresden</u>	313	"-"
<u>PdVP Berlin</u>	29.450	"-"
<u>Bezirk Gera:</u>	53	"-"
<u>Bezirk Schwerin:</u>	16	"-"
<u>Bezirk Erfurt:</u>	1	"-"
<u>Bezirk Halle:</u>	784	"-"
<u>Bezirk Neubrandenburg:</u>	585	"-"
<u>Bezirk Rostock</u>	65	"-"
<u>Bezirk Suhl:</u>	-	
<u>Bezirk Leipzig:</u>	-	
Insgesamt:	<u>57.433</u>	<u>Bettelpakete</u>

Damit wurden insgesamt durch die Deutsche Volkspolizei folgende Mengen an Lebensmittel beschlagnahmt:

31.099,7	kg	Hülsenfrüchte
27.556,6	"	Schmalz
10.591,3	"	Milch

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

16.573,3	"	Milchpulver
33,5	"	Kakao
34.820,5	"	Mehl
448,0	"	Reis
579,0	"	Margarine
270,0	"	Leberwurst
748,2	"	Wurst
368,5	"	Bohnen
1.450,2	"	Gemüse
5,9	"	Schokolade
76,5	"	Linsen
1,5	"	Zucker
210,0	"	Fleischkonserven
1,2	"	Fischkonserven
5,2	"	Eipulver
1,0	"	Griß
582,1	"	Schmalzfleisch
5,0	"	Butter
0,25	"	Pudding
0,4	"	Tomatenmark
0,4	"	Keks
0,05	"	Tee
0,2	"	Palmin
0,125	"	Sultaninen
4.703	Büchsen	Milch
932	"	Schmalz
14	"	Bohnen
6	Tafeln	Palmin
47	"	Schokolade
2	Schachteln	Zigaretten
150	Stück	Zigaretten
10	"	Apfelsinen
86	kg	Nährmittel
41	"	Kokosfett
1,85	"	Bohnenkaffe
328,0	"	Erbsen
7,5	"	Gem. Konserven
0,5	"	Pfeffer
22.250,0	"	Lebensmittel (deren Spezifizierung nicht festgestellt ist.)

Als Paketabholer traten in der Mehrzahl Angehörige der Mittelschichten in Erscheinung. Darunter insbesondere Geschäftsleute, Handwerker und darüber hinaus Bauern und Rentner. Es muß festgestellt werden, daß ein großer Teil der Paketabholer die wahren Hintergründe der Westberliner Bettelpaketaktion nicht erkannt haben. Während die politische Aufklärung in den Industriegebieten meistens von Erfolg begleitet war, erwies sie sich in den Agrarkreisen als ungenügend.

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

Einen Schwerpunkt stellten vor allem auch die Randgebiete von Berlin dar, wo die Bevölkerung es nicht verstand, daß sie ihre üblichen Fahrten nach Berlin nicht mehr machen konnten.

Viele Paketabholer aus der Republik fuhren zum anderen aber gerade in diese Randgebiete, um von hier aus mit der S-Bahn nach Westberlin zu können.

In verschiedenen Bezirken wird festgestellt, daß als Paketabholer sehr oft Eisenbahner in Erscheinung traten, die ihren Freifahrtschein zur Fahrt nach Westberlin ausnutzten.

In einigen Fällen wurde auch insbesondere durch Schwerbeschädigte die Vergünstigung des verbilligten Fahrpreises ausgenutzt, um für sich und mehrere Personen Bettelpakete zu holen. [...]

Brennpunkte von Bevölkerungsschichten, Gebiet, Orte und Betriebe, die besonders negativ an der Bettelpaketaktion in Erscheinung traten:

Bezirk Suhl:

Eine besondere Konzentration wurde im RAW Meiningen festgestellt, wo einige Arbeiter des Betriebes ihren Freifahrtschein benutzten, um in die Vororte von Berlin zu kommen. Die Weiterfahrt wurde auf einem Güterwagen fortgesetzt.

Bezirk Erfurt:

In den Orten Nordhausen (12), Worbis (10), Erfurt (10) und Apolda (10) wurden die in Klammern genannten Zahlen als Paketabholer festgestellt. Diese Paketabholer waren vor allen Dingen Eisenbahner, Angestellte, Arbeiter und Rentner.

Im Betrieb der Tranzmasch. in Rudisleben (Arnstadt) waren geschlossene Fahrten nach Berlin zum Paketempfang geplant.

Die Prediger- und Kaufmannsgemeinde der evangelischen Kirche in Erfurt hat an ihre Gemeindemitglieder Vollmachten mit den DPA-Nummern beglaubigt.

Bezirk Halle:

Bei der Bettelpaketaktion traten besonders die Kreise Bitterfeld, Köthen und Dessau negativ in Erscheinung, in denen auch die meisten Personen gestellt und Pakete beschlagnahmt wurden.

Bitterfeld	280 Pakete	93 Personen
Dessau	242 "	193 "
Köthen	126 "	25 "

Im Kreisgebiet Köthen traten in erhöhtem Maße als in anderen Kreisen Handwerker, Gewerbetreibende und eine kleine Zahl Kleinbauern in Erscheinung.

Bezirk Gera:

Als Scherpunktkreise traten die Kreise Gera, Greiz, Zeulenroda und Jena hervor. Als örtliche Schwerpunkte stellten sich die Orte Zeulenroda und Pausa, Kreis Zeulenroda mit 25 Paketen, sowie Rothenstein und Orlamünde, Kreis Jena. Zirka 60 % der Paketabholer waren Geschäftsleute und selbständige Handwerker sowie Rentner.

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

Bezirk Dresden:

Maßgeblich beteiligten sich Schwerbeschädigte, Rentner, Geschäftsleute, Arbeiter aus Privatbetrieben und Sozialfürsorgeempfänger.

Im Kreis Zittau waren es besonders viele Umsiedler. Im Kreis Görlitz war der Schwerpunkt die VEB Lowa (Waggonbau). Dieser Betrieb ist insofern bekannt, da dort die Provokationen am 17. Juni 1953 begannen.

In allen Kreisen beteiligten sich auffallend viele Eisenbahner an der Paketabholung.

Bezirk Frankfurt/Oder:

Als besonderer örtlicher Schwerpunkt zeigte sich im Kreis Beeskow der Ort Groß-Mükrow, aus welchem fast alle Bauern das Paket holten.

Im Kreis Strausberg die Orte mit S-Bahnverbindung:

Strausberg, Fredersdorf,

Eggersdorf, Petershagen und Neuenhagen.

Im Kreis Fürstenberg das Wohnlager „Helmut Just“ des Stalinkombinats (60 % der Bewohner).

Im Kreis Eberswalde die Orte:

Eberswalde, Finow, Finow-Furt und Joachimsthal.

Im Kreis Freienwalde die Ortschaften:

Wrietzen, Bad Freienwalde sowie die Oderbruchdörfer.

Im Kreis Angermünde fielen besonders die Groß- und Mittelbauern auf, die Bettelpakete abholten.

Als schlechter Betrieb fiel das RAW Eberswalde auf. Eisenbahner auf dem Bahnhof Fürstenberg versuchten, die Aktion der Volkspolizei dadurch zu erschweren, indem sie den für die Partei und Volkspolizei für die Aktion belegten Raum ständig zurückforderten.

Aus den Kreisen wird übereinstimmend berichtet, daß Angestellte der Reichsbahn in keinem Falle aktiv die Volkspolizei in ihrer Arbeit unterstützt haben.

Bezirk Cottbus:

Folgende Schwerpunktbetriebe wurden erkannt:

Braunkohlenwerk „Jonny Scheer“, Kreis Hoyerswerda,

Reichsbahn besserungswerk Cottbus,

Groß-Kokerei „Matyas Rakosi“ mit Hilfsbetrieben im Kreis Senftenberg.

In den Agrarkreisen Lübben, Luckau, Herzberg und Jessen traten als Paketholer überwiegend Bauern in Erscheinung. Darunter auch solche, die größere landwirtschaftliche Nutzflächen und große Viehbestände haben.

In Cottbus waren die überwiegende Zahl der Paketabholer Rentner.

Besonders trat auch das Zugpersonal in Erscheinung, die hierzu günstige Gelegenheit hatten und die ihre mitgebrachten Pakete in irgendeine Schlupfwinkel versteckten. Die Haltung der Eisenbahner als solche ist als recht unklar zu bezeichnen, da auch viele während dieser Zeit ihren Jahresfreifahrtschein beantragten.

Im RAW Cottbus, welches am 17. Juni 1953 an der Spitze der Streikbewegung stand, forderten größere Massen der Arbeiter einen Freifahrtschein nach Berlin.

Bezirk Potsdam:

In erster Linie beteiligten sich Rentner, die zum Ausdruck brachten, daß es ihnen bei den Paketen vor allen Dingen um das Fett zu tun ist.

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

Selbständige Gewerbetreibende, Handwerker und Bauern traten ebenfalls in Erscheinung. In besonderem Maße wurden Bettelpakete von Personen aus den Anliegerkreisen um Berlin und dem Kreis Brandenburg geholt.

Bezirk Magdeburg:

Besonders traten in Erscheinung der Kreis Burg mit 104 Paketabholern und Magdeburg mit 20 Paketabholern.

Bezirk Karl-Marx-Stadt:

Im Bezirk Karl-Marx-Stadt waren besonders Angestellte der Reichsbahn als Paketabholer beteiligt, wobei das RAW „7. Oktober“ in Zwickau als Brennpunkt zu nennen ist. Örtlich gesehen traten die Erzgebirgsdörfer der Kreise Brand-Erbisdorf, Karl-Marx-Stadt und Stollberg sowie solche der Kreise Reichenbach und Ölsnitz/Vogtland in Erscheinung.

Bezirk Leipzig:

Besonders zu erwähnen ist, daß selbständige Kaufleute und Handwerker in Erscheinung getreten sind. Ferner solche Personen, die im Besitz von Freifahrtscheinen (Eisenbahner) und Fahrpreisermäßigungen (Schwerbeschädigte) sind.

Örtlich traten die Gemeinden

Groitzsch, Kreis Borna, Andenhain, Kreis Eilenburg und Beilrode, Kreis Torgau hervor. In Beilrode waren die Mehrzahl der Paketabholer in einer Ziegelei beschäftigt.

Von den in der Paketaktion angefallenen Personen waren 20 % Angestellte der Reichsbahn.

Bezirk Schwerin:

Im Bezirk Schwerin traten besonders die Mittelschichten negativ in Erscheinung.

Bezirk Berlin:

Am stärksten traten Geschäftsleute, Gewerbetreibende und Rentner in Erscheinung.

Paketbeschlagnahme im Zusammenhang mit VP-Angehörigen:

Trotzdem, daß die Aufklärungsarbeit unter der Volkspolizei sofort einsetzte, wurden einige Fälle bekannt, wo Angehörige von Volkspolizisten ebenfalls Pakete abholten.

Im Bezirk Potsdam haben Angehörige von Volkspolizisten in 26 Fällen Pakete abgeholt, in 8 Fällen besteht der Verdacht, daß Angehörige von VP-Angehörigen Pakete abgeholt haben.

Im Kreis Königswusterhausen kam es zu 5 Entlassungen von VP-Angehörigen, deren Angehörige Bettelpakete abgeholt hatten. Zwei der VP-Angehörigen waren Mitglieder der SED, davon einer VVN.

Im Bezirk Cottbus wurden 4 VP-Angehörige aus der Volkspolizei entpflichtet, da ihre Angehörigen als Paketabholer in Erscheinung traten und sie selbst eine unklare Haltung einnahmen.

Im Kreis Dessau trat in Erscheinung, daß zwei Frauen von VP-Angehörigen ohne Kenntnis ihrer Ehemänner nach Berlin fuhren und Bettelpakete holten.

Im VPKA Bitterfeld lehnte es ein VP-Angehöriger P. ab, seine Unterschrift unter das Beschlagnahmeprotokoll zu setzen. Zur Begründung gab er an, daß er derartige Sachen nicht mitmacht, da keine rechtliche Grundlage für die Beschlagnahme vorhanden wäre. Der VP-Angehörige wurde fristlos entlassen.

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

Im Bezirk Karl-Marx-Stadt kamen zwei Grenzpolizisten zur Entlassung, da sie ihren Angehörigen bei der Abholung der Bettelpakete Hilfe leisteten.

Im Kreise Worbis trat der Vater eines VP-Angehörigen als Paketabholer in Erscheinung. Die Frau desselben erhielt von ihren Schwiegereltern einen Teil dieses Paketes. Der VP-Angehörige meldete diesen Vorfall nicht und wurde aus den Reihen der Volkspolizei entlassen.

Einschätzung der getroffenen Maßnahmen

Obwohl die Sperrung des Fahrkartenverkaufs nach Berlin oft formal durchgeführt wurde, war diese Maßnahme richtig und darauf zurückzuführen, daß die „Berliner Fahrten“ wesentlich eingeschränkt werden konnten.

Für die formale Durchführung nachstehendes Beispiel:

Ein vorbildlicher Freiwilliger Helfer der Deutschen Volkspolizei, der vom Amtsleiter des VPKA Gotha prämiert wurde, hatte für das ganze Jahr über schon festgelegt, daß er seinen Urlaub bei seinen Verwandten in Berlin verbringen wollte. Trotz der Befürwortung des VPKA-Leiters bei der Reichsbahn lehnte diese die Fahrt ab.

Sehr gut wirkten sich von der Partei durchgeführte Aufklärungseinsätze aus, in dem hier die wahren Hintergründe der Paketaktion klar aufgezeigt wurden und somit die werktätige Bevölkerung das Falsche ihres Handelns einsah.

Lediglich in den Anlauf Tagen zeigten sich in der Zusammenarbeit der einzelnen staatlichen Organe bestimmte Schwächen.

So z.B. über die Abnahme der Pakete und über die Abnahme der DPA's. Teilweise wurden in den ersten Tagen die DPA's eingezogen, aber die Pakete aus versöhnlerischem Verhalten heraus belassen.

Für zukünftige, derartige Einsätze wird die Bildung einer einheitlichen Einsatzleitung unter Beteiligung aller betroffenen Staatsorgane für jeden Bezirk und jeden Kreis vorgeschlagen. Es wurde z.B. im Kreis Calau durch die FDJ selbständige Kontrollen durchgeführt und die eingezogenen DPA's erst nach Tagen der Volkspolizei übergeben.

Sehr gut wirkten sich die Aussprachen mit den Paketabholern in den VPKÄ aus.

Die bei der Ausgabe der PM 12 bzw. bei der Wiederaushändigung des DPA gemachten Notizen auf den Karteikarten sind heute bei der Ausstellung von Charakteristiken usw. wertvolle Hinweise.

Eine falsche Maßnahme war die teilweise Popularisierung, daß Personen nach dem Genuß von Lebensmitteln aus Westdeutschland erkrankten, bzw. daß durch diese Pakete die spinale Kinderlähmung eingeschleppt wurde.

Hier reagierten die Werktätigen sofort darauf, indem sie sagten:

„Und diese Pakete gebt ihr den Westberliner Arbeitslosen.“

Außerdem verwahrten sich die Ärzte gegen die unsachgemäße Verwendung von ärztlichen Diagnosen.

Die Aufklärung durch Presse und Rundfunk hätte nach allgemeinen Feststellungen früher einsetzen müssen. Dadurch wäre es möglich gewesen, den Ansturm in den ersten Tagen wesentlich herabzudrücken.

Gute Arbeit wurde durch die Zugbegleitkommandos (durch die Transportpolizei) geleistet.

Diese Kontrollen mußten verstärkt werden, um die Kontrollen auf den Endbahnhöfen, welche sehr oft Anlaß zu unliebsamen Diskussionen waren, in Wegfall kommen zu lassen.

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

Außerdem sprachen sich diese Kontrollen unter den Paketabholern sehr schnell herum, so daß sie auf Zwischenstationen ausstiegen, um dann zu Fuß oder mit dem Fahrrad ihren Heimatort zu erreichen.

Die verschärft durch die Volkspolizei durchgeführten Fahrzeugkontrollen haben ebenfalls eine wesentliche Einschränkung dieser Fahrten zur Folge. Aber andererseits war festzustellen, daß sich jetzt die Paketabholer auf das Benützen der Fahrräder verlegten.

Dieses zeigte sich z.B. bei Kontrollen auf der Autobahn im Bezirk Cottbus. Hier wurden Radfahrer festgestellt, welche in Görlitz usw. beheimatet waren.

Sehr oft gab es unter den Paketabholern die Diskussionen, daß die beschlagnahmten Waren in unrechte Hände gelangen würden, da sie für das ihnen Beschlagnahme keine Quittungsbescheinigung erhielten.

Als weitere gute Maßnahme zeigten sich die von den Abschnittsbevollmächtigten der Volkspolizei durchgeführten Hausbegehungen und Hausbuchkontrollen.

Bei der Volkspolizei wurden in den täglichen Dienstbesprechungen, Polit-Informationen usw. durch die Angehörigen der Polit-Organen immer wieder aufklärende Hinweise gegeben, um die Einsatzfreudigkeit der Volkspolizisten in der Frage der Paketaktion nicht absinken zu lassen.

Hier erhielten die Abschnittsbevollmächtigten oft wertvolle Hinweise. So wurde z.B. der Brennpunkt RAW Meiningen einem Abschnittsbevollmächtigten bei der Hausbegehung übermittelt.

Diese Aufklärung war insbesondere dahingehend notwendig, da festzustellen war, daß es VP-Angehörige gab, die sich über die Rechtsgrundlage nicht im Klaren waren.

Besonders positiv hat sich die Maßnahme der Verteilung der angefallenen Pakete an die Westberliner Arbeitslosen und Rentner ausgewirkt.

Der Einsatz der Kräfte vom AZKW an der Sektorengrenze war zweckmäßig, da hierdurch die Volkspolizeiangehörigen für ihre eigentliche Aufgabe, Schutz der Sektorengrenze, voll zur Verfügung standen. Diese Maßnahme müßte von Anfang an zur Durchführung gelangen, d.h. die organisatorische Durchführung des Abtransportes der Pakete stellte für die Berliner Volkspolizei eine starke Belastung dar.

Aus dem Bezirk Dresden wurde berichtet, daß die in den Lichtspieltheatern gezeigten Diapositive „wer vom Ami frißt, stirbt daran“ unzweckmäßig waren, da sie die Mehrzahl der Bevölkerung nicht verstand und mit Gelächter und Zwischenrufen quittierte.

Die bei der Paketaktion gesammelten Erfahrungen wurden bei den Volkspolizeikreisämtern und den Bezirksbehörden in Erfahrungsberichten festgehalten, so daß bei einer Wiederholung der Bettelpaketaktion oder ähnlicher gegnerischer Maßnahmen die gesammelten Erfahrungen, die besonders im Anlaufen aufgetretenen Fehler und Schwächen von vornherein ausschließen. In Zukunft wird es erforderlich sein, eine gut organisierte Kontrolltätigkeit bereits in Berlin, um Berlin und in den Verkehrsmitteln aus Berlin zu organisieren, so daß in der gesamten DDR größere Kräfte für diese Aufgaben zusätzlich gebunden werden.

Leiter des Operativstabes
Schmidt, VP.-Kdr.

[Quelle: BArch, DO-1/11.0/1112, Bl. 31-33, 47-53.]

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---